



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

130,53 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

62 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

291

Stunden mit negativen Strompreisen hat es im ersten Halbjahr 2026 gegeben. Die Erlösausfälle erreichten mit 430 Millionen Euro einen Rekordwert.

POLITIK

Massive Kritik an EEG-Novelle und Netzanschlusspaket

REGENERATIVE

Hybrid-PPA legen in Deutschland zu

PHOTOVOLTAIK

Strom auf dem Moor

Inhalt

TOP-THEMA

→ **WINDKRAFT ONSHORE:** Windenergie-Ausbau wächst nicht ausreichend

POLITIK & RECHT

- **POLITIK:** Massive Kritik an EEG-Novelle und Netzanschlusspaket
- **KERNKRAFT:** Brennelementewerk Lingen darf mit Rosatom-Tochter kooperieren
- **RECHT:** Kein „Tempolimit“ für Heizungsgesetz
- **POLITIK:** Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Aserbaidschan
- **KLIMASCHUTZ:** Zwischen Rekordtempo und Bremsspur
- **BIOGAS:** Bioenergiebranche sieht Fortschritte bei RED-III-Umsetzung

HANDEL & MARKT

- **REGENERATIVE:** Hybrid-PPA legen in Deutschland zu
- **VBW-ENERGIEPREISINDEX:** Energiepreise zeigen sich uneinheitlich
- **HANDEL:** EEX will Märkte für Erneuerbare und Speicher weiterentwickeln

TECHNIK

- **PHOTOVOLTAIK:** Strom auf dem Moor
- **POLITIK:** Forschungsverbund kritisiert Kürzungen
- **STATISTIK DES TAGES:** Leistung deutscher Kraftwerke außerhalb des Strommarktes 2025

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** Dortmunder DEW 21 mit mehr Gewinn in 2025
 - **PERSONALIE:** EVM verlängert Vertrag von Vertriebsvorstand
 - **PERSONALIE:** Olaf Sener rückt in Transnet BW-Spitze
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Hitzewelle verschärft die Gasrisiken
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Windenergie-Ausbau wächst nicht ausreichend



Quelle: Fachagentur Wind und Solar

WINDKRAFT ONSHORE. Der Bundesverband Windenergie und VDMA Power Systems sehen den Ausbau der Windkraft noch auf Kurs, fordern von der Bundesregierung aber Änderungen an EEG-Novelle und Netzanschlusspaket.

Der Ausbau der Windenergie an Land in Deutschland hat sich im ersten Halbjahr 2026 gegenüber dem Vorjahreszeitraum beschleunigt. Nach Angaben der Fachagentur Wind und Solar gingen Windenergieanlagen mit einer Leistung von 2.363 MW neu ans Netz. Das entspricht einem Plus von sieben Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2025.

Die Fachagentur ermittelte die Daten im Auftrag des Bundesverbands Windenergie (BWE) und des Herstellerverbandes VDMA Power Systems. Insgesamt waren Ende Juni in Deutschland Windenergieanlagen mit einer Leistung von 69.952 MW in Betrieb. Nach Angaben der Verbände decken sie inzwischen nahezu ein Viertel der deutschen Stromversorgung.

Parallel zum Zubau wurden im ersten Halbjahr Windenergieprojekte mit einer Leistung von 9.100 MW genehmigt. Das Gesamtvolumen genehmigter Projekte stieg damit auf 48.100 MW. „Davon warten allerdings rund 19.000 MW noch auf einen Zuschlag in den Ausschreibungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“, schränkte Jürgen Quentin, Referent EEG der Fachagentur ein.

Die Genehmigungen seien beschleunigt worden, doch weder die konkreten Baugenehmigungen vor Ort noch die Netzanschlüsse und die Ausschreibungszusagen nach dem EEG hielten mit diesem Tempo mit. Daher dauere es wieder länger als im letzten Jahr, bevor eine Windkraftanlage tatsächlich errichtet sei und Strom liefert, bedauerte Quentin.

Ziele der Energiewende nicht erreichbar

Trotz der positiven Entwicklung sehen BWE und VDMA den Ausbau noch nicht auf dem gesetzlich vorgesehenen Pfad. Ziel seien jährlich 10.000 MW neuer Windenergieleistung. Die Prognose von 8.000 MW Zubau im Jahr 2026 sei zwar ambitioniert, aber erreichbar, sofern bestehende Hemmnisse bei Netzanschlüssen, Transport und Inbetriebnahme abgebaut würden.

Mit Blick auf die geplante Novelle des EEG und das Netzanschlusspaket übten die Verbände deutliche Kritik

an den Plänen der Bundesregierung. BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek erklärte, die vorgesehenen Regelungen schafften keine ausreichende Investitionssicherheit. Die Gesetzesentwürfe des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) drohten den weiteren Ausbau der Windenergie zu bremsen und müssten im weiteren Gesetzgebungsverfahren grundlegend überarbeitet werden.

Erhebliche Eingriffe in Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit neuer Projekte sieht Heidebroek durch den vorgesehenen Redispatchvorbehalt in Engpassgebieten. Die Ausweisung solcher Gebiete für sechs Jahre sei zu lang, der Schwellenwert von fünf Prozent Abregelung zu niedrig und der Entschädigungsverzicht von 10 bis 20 Prozent verhindere Investitionen. „Diese Festlegungen sind europarechtlich unzulässig“, resümierte sie.



Vergleich Windkraftzubau 1. Hj. 2026 und Ziele nach EEG.

(Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: FA Wind und Solar

Auch der Geschäftsführer des VDMA Power Systems Dennis Rendschmidt erklärte, die Industrie verfüge über ausreichende Produktionskapazitäten und könne auf eine steigende Nachfrage reagieren. Voraussetzung dafür seien jedoch langfristig verlässliche politische Rahmenbedingungen. Vor allem die Einschränkungen für Netzanschlüsse gefährden nach seiner Einschätzung Investitionen, Innovationen und den Ausbau einer widerstandsfähigen Energieversorgung.

Nach Auffassung der Verbände muss das Netzanschlusspaket vor allem den Ausbau und die Digitalisierung der Stromnetze beschleunigen. Der aktuelle Entwurf enthalte dafür nicht genügend Maßnahmen und könne durch Regelungen zu Engpassgebieten den Ausbau der Windenergie zusätzlich erschweren. Statt neuer Einschränkungen müsse die Bundesregierung den Ausbau der Verteilnetze beschleunigen und deren Finanzierung verbessern.

Zugleich begrüßen BWE und VDMA grundsätzlich das im Klimaschutzprogramm vorgesehene zusätzliche Ausschreibungsvolumen von 12.000 MW für die Windenergie an Land. Dieses könne dazu beitragen, einen größeren Teil der bereits genehmigten Projekte zu realisieren. Voraussetzung sei allerdings, dass neue Regelungen wie ein Redispatch-Vorbehalt oder Änderungen am Referenzertragsmodell die Wirkung des Zusatzvolumens nicht einschränken.

Auch aus Baden-Württemberg kommt Kritik an den geplanten Änderungen des EEG. Im ersten Halbjahr wurden dort 33 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von 169 MW in Betrieb genommen. Laut der Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg (PEE BW) seien das zwar mehr Anlagen als im gesamten Jahr 2025, für die Ausbauziele des Landes reiche das jedoch nicht aus. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen waren es im gleichen Zeitraum je rund dreimal so viele. Gemeinsam mit weiteren Verbänden fordert sie deshalb ein eigenes Ausschreibungsvolumen für Süddeutschland sowie entsprechende Änderungen an der EEG-Novelle. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / nitpicker

Massive Kritik an EEG-Novelle und Netzanschlusspaket

POLITIK. Verbände der Energiewirtschaft begrüßen erste Ansätze der EEG-Novelle und des Netzanschlusspakets, sehen aber erheblichen Nachbesserungsbedarf bei Investitionssicherheit und Netzausbau.

Bis zum 23. Juli waren die Stellungnahmen zu den Referentenentwürfen der Bundesregierung zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und zum Netzanschlusspaket gefragt. Die Energiebranche bewertet einzelne Maßnahmen als hilfreich, fordert jedoch Nachbesserungen bei zentralen Regelungen.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) bewertet die geplanten zusätzlichen Ausschreibungen für 12.000 MW Windenergie an Land als positives Signal. Auch die vorgesehenen Änderungen beim Netzanschluss gingen laut dem Verband überwiegend in die richtige Richtung.

Netzanschlüsse verlässlich machen

BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae vermisst jedoch bislang ein schlüssiges Gesamtkonzept, das die zahlreichen neuen Instrumente aus EEG und Energiewirtschaftsgesetz aufeinander abstimmt. Insbesondere Regelungen zu Leistungsbegrenzungen, Redispatch, Baukostenzuschüssen und Ausschreibungen müssten laut Andreae besser miteinander verzahnt und durch Folgenabschätzungen unterlegt werden.

Nach Angaben des BDEW wurden im Jahr 2025 insgesamt 37,55 Milliarden Euro in Erneuerbare-Energien-Anlagen investiert. Damit diese Investitionsdynamik anhält, brauche die Branche verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen. Auch beim geplanten Ausbau intelligenter Messsysteme sowie bei den Vorgaben für Netzanschlüsse und Fristen sieht der Verband weiteren Anpassungsbedarf.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt den Referentenentwurf zum Netzanschlusspaket als wichtigen Schritt, um Netzanschlüsse schneller bereitzustellen und den Ausbau erneuerbarer Energien besser mit den verfügbaren Netzkapazitäten zu verzahnen.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing fordert jedoch einen deutlich schnelleren Ausbau der Verteilnetze. Nach Angaben des Verbandes dauert deren Ausbau derzeit durchschnittlich rund zehn Jahre.

Dieser Zeitraum müsse nahezu halbiert werden, damit die Netzinfrastruktur mit dem Zubau von Wind- und Solaranlagen, Wärmepumpen, Ladeinfrastruktur und Speichern Schritt halten könne.

Übergangsfristen notwendig

Positiv bewertet der VKU unter anderem die geplanten Regelungen zur Steuerung des Ausbaus in Netzengpassgebieten sowie die Digitalisierung der Netzanschlussverfahren. Kritisch sieht der Verband dagegen die vorgesehenen Kriterien zur Priorisierung von Netzanschlüssen. Aus Sicht des VKU sollten dabei unter anderem Aspekte wie Daseinsvorsorge, Wohnungsbau und Netzverträglichkeit stärker berücksichtigt werden. Zudem fordert der Verband ausreichende Übergangsfristen für bereits weit fortgeschrittene Projekte.

Auch der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) sieht in den Entwürfen einen wichtigen Beitrag für die Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Industrie. Nach Einschätzung des VIK berücksichtigt der Gesetzentwurf jedoch nicht die Bedeutung industrieller Transformationsprojekte bei der Vergabe knapper Netzanschlusskapazitäten. Der Verband fordert deshalb, industrielle Elektrifizierungsprojekte ausdrücklich als Priorisierungskriterium aufzunehmen.

Kritisch bewertet der VIK außerdem die Möglichkeit, zugesicherte Netzanschlussleistungen nach drei Jahren zu reduzieren, wenn sie noch nicht vollständig genutzt werden. Industrieprojekte hätten häufig lange Planungs- und Bauzeiten und benötigten daher verlässliche Anschlusszusagen.

Solarbranche fürchtet Ausbaueinbruch

Deutliche Kritik kommt aus der Solarbranche. Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) warnt, die geplanten Gesetzesänderungen könnten den Ausbau der Photovoltaik erheblich bremsen. Der Verband sieht insbesondere die vorgesehene Abschaffung der EEG-Förderung für neue PV-Dachanlagen bis 2 kW sowie die verpflichtende Direktvermarktung bis 100 kW kritisch. Nach Einschätzung des Verbandes könnten diese Maßnahmen die Nachfrage im Privat- und Kleingewerbesegment deutlich verringern.

Darüber hinaus warnt der Verband vor zusätzlichen Belastungen durch Redispatch-Regelungen, Leistungsbegrenzungen, Baukostenzuschüsse und weitere Eingriffe bei Freiflächenanlagen. Auch die geplante Streichung des Ausschreibungssegments für Agri-PV sowie Kürzungen bei Gewerbedachanlagen würden Investitionen erschweren.

Der Bundesverband des Solarhandwerks (BDSH) bewertet den EEG-Entwurf als grundlegenden Systemwechsel für PV-Anlagen auf Wohngebäuden und kleineren Gewerbedächern. Der Verband begrüßt, dass auf eine vollständige Abschaffung der Einspeisevergütung verzichtet wurde.

Gleichzeitig fordert er jedoch, den Übergang zur Direktvermarktung an den tatsächlichen Ausbau der digitalen Infrastruktur zu koppeln, den Smart-Meter-Rollout zu beschleunigen und zusätzliche Bürokratie für Installationsbetriebe zu vermeiden. Zudem spricht sich der Verband gegen pauschale Leistungsbegrenzungen steuerbarer Photovoltaikanlagen aus. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Brennelementwerk Lingen darf mit Rosatom-Tochter kooperieren



Quelle: Pixabay / Qubes Pictures

KERNKRAFT. Das Land Niedersachsen hat die Fertigung russischer VVER-Brennelemente in Lingen unter strengen Auflagen genehmigt. Kritik kommt vom BUND.

Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) hat den atomrechtlichen Antrag der Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF), die zum französischen Framatome-Konzern gehört, genehmigt, im Brennelementwerk Lingen künftig auch Brennelemente für Reaktoren russischer Bauart (VVER) herzustellen. Die Genehmigung steht unter umfangreichen Auflagen und betrifft die Zusammenarbeit mit dem russischen Staatskonzern Rosatom beziehungsweise dessen Tochter TVEL.

Ein ursprünglich in Deutschland geplantes Gemeinschaftsunternehmen mit der Rosatom-Tochter für die Lizenzfertigung von Brennelementen für Reaktoren russischer Bauart wurde nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine nicht realisiert. Stattdessen gründeten Framatome und TVEL ein Joint Venture in Frankreich. In dessen Auftrag soll nun die Fertigung in Lingen erfolgen.

Das Bundesumweltministerium (BMUKN) betont in einer aktuellen Mitteilung, atomrechtliche Entscheidungen seien nach Recht und Gesetz zu treffen. Lagen die gesetzlichen Genehmigungsvoraussetzungen vor und könnten verbleibende Risiken durch geeignete Maßnahmen und Auflagen ausreichend begrenzt werden, müsse die Genehmigung erteilt werden. Sollten sich künftig neue Erkenntnisse zu Risiken oder eine veränderte Sicherheitslage ergeben, könne die Genehmigungsbehörde mit weiteren Auflagen reagieren.

Rechtsgutachten bringt Nebenbedingungen ins Spiel

Das Ministerium verweist zugleich auf den außergewöhnlichen Charakter des Verfahrens. Erstmals sei ein russischer Staatskonzern in einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren beteiligt, während Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führe. Das BMUKN habe diese Zusammenarbeit wiederholt kritisch bewertet und deshalb zusätzlich ein Rechtsgutachten eingeholt. Nach Auffassung des Ministeriums könne das Atomrecht eine Kooperation mit Rosatom jedoch nicht grundsätzlich untersagen. Hierfür wären vielmehr EU-weite Sanktionen gegen den Nuklearsektor erforderlich. Für solche Sanktionen gebe es bislang keine Mehrheit unter den Mitgliedstaaten.

In dem vom Bundesumweltministerium beauftragten Gutachten hat Prof. Gerhard Roller, Professor für Öffentliches Recht an der Frankfurt University of Applied Sciences, untersucht, ob das atomrechtliche Versagungsermessen nach § 7 Absatz 2 Atomgesetz sicherheitspolitische Gesichtspunkte berücksichtigen kann. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Belange der inneren und äußeren Sicherheit grundsätzlich in die Ermessensentscheidung einbezogen werden können. Zugleich empfiehlt er, zunächst zu prüfen, ob mögliche Risiken durch geeignete Nebenbestimmungen ausreichend begrenzt werden können, bevor eine Genehmigung versagt wird.

Das Bundesumweltministerium hatte das Rechtsgutachten bereits im März 2023 in Auftrag gegeben. Das im Juni 2023 vorgelegte Gutachten entstand damit zu Beginn des langwierigen Genehmigungsverfahrens und sollte klären, welche sicherheitspolitischen Aspekte im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren gegenüber einer Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom berücksichtigt werden können.

Diesen Ansatz greift auch die jetzt veröffentlichte Genehmigung auf. Sie enthält zahlreiche zusätzliche Sicherheitsauflagen. So dürfen Mitarbeiter von Rosatom oder TVEL die Anlage grundsätzlich nicht betreten. Ausnahmen sind nur unter engen Voraussetzungen, nach einer besonderen Zuverlässigkeitsprüfung, im Vier-Augen-Prinzip und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde möglich. Zudem werden ein Zugriff

russischer Beschäftigter auf IT-Systeme ausgeschlossen, die Trennung der IT-Infrastruktur vorgeschrieben sowie zusätzliche Prüfungen von Hard- und Software verlangt. Auch regelmäßige Sensibilisierungen der Beschäftigten und eine enge Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz gehören zu den Auflagen.

Scharfe Kritik kommt vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Der Verband kündigte an, rechtliche Schritte gegen die Genehmigung zu prüfen. Rosatom sei unmittelbar in den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingebunden und an der Besetzung des Kernkraftwerks Saporischja beteiligt. Dadurch bestehe die Gefahr, dass Russland über die Kooperation in Lingen Zugang zu kritischer Infrastruktur und sicherheitsrelevanten Informationen erhalte. Der BUND wirft dem Bund vor, geopolitische Risiken bei der atomrechtlichen Entscheidung ausgeblendet zu haben, und fordert weiterhin, die Uranfabriken in Lingen und Gronau gesetzlich stillzulegen. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Kein „Tempolimit“ für Heizungsgesetz



Quelle: Fotolia / H-J Paulsen

RECHT. Nicht nur inhaltlich war das Heizungsgesetz der Ampel-Regierung umstritten. Auch der zeitliche Ablauf stand in der Kritik. Jetzt ist klar: Eine Höchstgeschwindigkeit gibt es nicht.

Im Streit um ein verfassungsrechtliches „Tempolimit“ für Gesetzgebungsverfahren hat das Bundesverfassungsgericht eine Klage des ehemaligen CDU-Abgeordneten Thomas Heilmann verworfen. „Die Verfassung setzt der Beschleunigung von Gesetzgebungsverfahren eine Grenze, aber nicht im Sinne eines bezifferten Tempolimits“, sagte die Vorsitzende Richterin des Zweiten Senats, Ann-Katrin Kaufhold, in Karlsruhe. Allgemeine Aussagen zur zulässigen Dauer ließen sich dem Grundgesetz nicht entnehmen. (Az. 2 BvE 4/23)

Unionspolitiker Heilmann hatte geklagt, weil er seine Rechte als Parlamentarier durch das aus seiner Sicht überhastete Gesetzgebungsverfahren zum Heizungsgesetz vor drei Jahren verletzt sah. Im Fokus des Verfahrens stand die Frage, ob es ein verfassungsrechtliches „Tempolimit“ für die Beratung von Gesetzentwürfen gibt, wie Kaufhold zu Beginn der Verhandlung im Februar zusammenfasste.

Gericht sieht keine Benachteiligung

Doch belastbare Anhaltspunkte für die Vermutung, Heilmann seien Informationen vorenthalten worden, habe er nicht vorgetragen, sagte Kaufhold. „Es ist insbesondere nicht erkennbar, welche Informationen die Bundesregierung nicht mit ihm geteilt haben soll, obwohl sie ihr vorlagen und obwohl sie anderen Abgeordneten zur Verfügung gestellt wurden.“

Insbesondere habe es nicht an einer tauglichen Diskussionsgrundlage für die parlamentarischen Beratungen gefehlt. Mit dem ursprünglichen Gesetzentwurf und einer Formulierungshilfe habe den Abgeordneten eine solche Grundlage vielmehr zur Verfügung gestanden. Der Senat befand daher einstimmig, dass der Antrag Heilmanns unzulässig sei.

Eilantrag war 2023 erfolgreich

Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes zielte darauf ab, durch einen schrittweisen Austausch von Öl- und Gasheizungen das Heizen in Deutschland klimafreundlicher zu machen. Die damalige Regierung aus SPD, FDP und Grünen wollte das Gesetz 2023 kurz vor der parlamentarischen Sommerpause durch den Bundestag bringen. Doch wenige Tage vor der geplanten Abstimmung legten die Koalitionäre noch

umfangreiche Änderungen vor.

Heilmann ging das zu schnell. Er legte in Karlsruhe einen Eilantrag ein - mit Erfolg. Das Bundesverfassungsgericht untersagte die Verabschiedung vor der Sommerpause. Das Heizungsgesetz wurde knapp zwei Monate später im Bundestag verabschiedet und trat Anfang 2024 in Kraft. In Karlsruhe ging es nun um das Hauptsacheverfahren zu Heilmanns Klage.

Im Eilverfahren habe Heilmann nur darlegen müssen, dass ihm die Ausübung seiner Mitwirkungsrechte bis zum Moment der Antragstellung nicht möglich gewesen sei und er bis zu diesem Zeitpunkt keine Gelegenheit gehabt habe, vom Beratungsgegenstand Kenntnis zu nehmen, erläuterte Kaufhold. „Im Hauptsacheverfahren ist hingegen auf das Gesetzgebungsverfahren insgesamt abzustellen und zu fragen, ob die Verfahrensgestaltung parlamentarische Beratungen gar nicht ermöglicht hat.“

Thema bleibt

Dass das Thema nach wie vor aktuell ist, machte die Richterin mit Verweis auf Eilverfahren in der vorletzten Woche - der letzten Beratungswoche des Bundestags vor der Sommerpause - deutlich. Das Gericht musste über zwei Eilanträge entscheiden, nach der das GKV-Modernisierungsgesetz in gleicher Weise wie das Heizungsgesetz „zu schnell durch den Bundestag gepeitscht“ worden sei. „Das zeigt, wie aktuell und drängend weiterhin die Frage ist, ob die Verfassung eine Höchstgeschwindigkeit für Gesetzgebungsverfahren vorgibt“, sagte Kaufhold. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Aserbaidshan



Quelle: Shutterstock / canadastock

POLITIK. Der aserbaidshanische Präsident Ilham Aliyev hat bei seinem Besuch in Berlin eine langfristige Energiepartnerschaft mit Deutschland vereinbart.

Bei den Gesprächen mit Kanzler Friedrich Merz standen Energiesicherheit, Handel und Zusammenarbeit im Verkehrsbereich im Mittelpunkt, schreibt „Georgia Today“.

Während des Besuchs unterzeichneten Aserbaidshan und Deutschland eine Erklärung zur strategischen Partnerschaft sowie mehrere Abkommen in den Bereichen Energie, Verkehr, Infrastruktur, Handel, Investitionen sowie Wissenschaft und Technologie.

Deutschland ist nach Italien das zweite europäische Land, das ein solches Partnerschaftsabkommen mit Aserbaidshan unterzeichnet hat. Der Energiebereich stand im Fokus der Gespräche. Merz begrüßte die wachsende Rolle Aserbaidshans bei der Erdgasversorgung Europas; die jährlichen Lieferungen nach Deutschland sollen im nächsten Jahr rund zwei Milliarden cbm erreichen, während Berlin seine Bemühungen fortsetzt, die Energieimporte weg von Russland zu diversifizieren.

Die Staats- und Regierungschefs erörterten zudem die Verkehrsrouten „Mittlerer Korridor“, die Europa und Asien über den Südkaukasus verbindet und zunehmend als alternativer Handelskorridor zwischen den europäischen und asiatischen Märkten angesehen wird. Parallel zu den offiziellen Treffen fand ein gemeinsames Wirtschaftsforum statt.

Der Besuch erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem Aserbaidshan bestrebt ist, seine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit europäischen Partnern über den Öl- und Gassektor hinaus auszuweiten, wobei beide

Seiten Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit in den Bereichen Logistik, Fertigung und Investitionen bekundeten. (liwi) // VON LISA WICK

[^ Zum Inhalt](#)

Zwischen Rekordtempo und Bremsspur

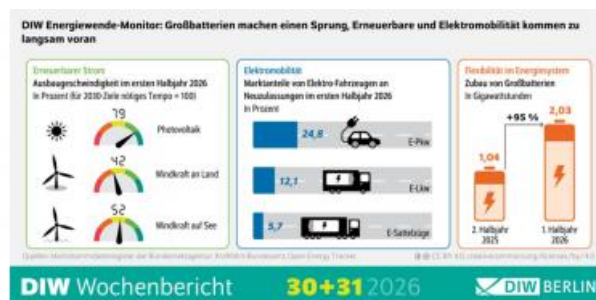


Quelle: Fotolia / PhotographyByMK

KLIMASCHUTZ. Photovoltaik verliert ihren Vorsprung vor den Ausbauzielen, Wärmepumpen und E-Autos gewinnen nur langsam Anteile. Der DIW-Monitor zeigt: Das Tempo fehlt.

Die deutsche Energiewende kommt voran, aber es fehlt in zentralen Bereichen an Tempo. Das stellt der aktuelle Energiewende-Monitor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in Berlin für das erste Halbjahr 2026 fest. Selbst die Photovoltaik, bislang Vorzeigetechnologie des Ausbaus, verliert an Dynamik.

Zwischen 2023 und 2024 wuchs die Solarenergie deutlich schneller als gesetzlich vorgegeben. Aktuell erreicht der Zubau nur noch rund 80 Prozent des für die Ziele bis 2030 nötigen Tempos, nach knapp 90 Prozent im Vorhalbjahr. Die installierte Leistung liegt zwar noch über dem Ausbaupfad, der Puffer schmilzt aber. Windkraft an Land wächst weiterhin zu langsam. Offshore hat sich der Ausbau durch neue Windparks beschleunigt, doch lange Vorlaufzeiten und zögerliche Investitionen gefährden die Zielerreichung.



Quelle: DIW

„Die Energiewende macht Fortschritte, aber in den meisten Bereichen nicht schnell genug. Besonders bei Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen bleibt ein Durchbruch aus“, sagt Studienautor Wolf-Peter Schill vom DIW Berlin. Im ersten Quartal 2026 war fast jede zweite neue Heizung eine Wärmepumpe, dennoch wurden weiter viele fossile Heizungen verkauft. Bei Pkw lag der Anteil batterieelektrischer Neuzulassungen bei knapp 25 Prozent, Verbrenner dominieren aber weiter. Das neue Gebäudeenergiegesetz dürfte den Wärmepumpen-Hochlauf kaum beschleunigen, während die Debatte über das Verbrenner-Aus die E-Mobilität ausbremsen könnte, so Schill.

Flexibilität wird zur Achillesferse

Der Handlungsdruck bei der Systemintegration wächst: Im ersten Halbjahr 2026 traten in 291 Stunden negative Strompreise auf, mehr als im zweiten Halbjahr 2025 (184 Stunden), aber weniger als im ersten Halbjahr 2025 (389 Stunden). Die rechnerischen Erlösausfälle erreichten mit rund 430 Millionen Euro einen Rekordwert. Mittags drücken hohe Solareinspeisungen die Preise, abends steigen sie deutlich – ein Zeichen, dass Speicher und Flexibilität nicht mit dem Ausbautempo mithalten.

Positiv: Der Zubau von Großbatterien hat sich fast verdoppelt, die Speicherkapazität wuchs binnen sechs

Monaten um die Hälfte. Mit schnelleren Netzanschlüssen wäre noch mehr Tempo möglich. Die Rahmenbedingungen für eine Beschleunigung seien heute deutlich besser als vor wenigen Jahren, so Schill. Umso wichtiger sei es, an den Ausbauzielen festzuhalten und die Elektrifizierung von Wärme und Verkehr entschlossener voranzutreiben – für den Klimaschutz und zur Verringerung der Importabhängigkeit. (gd) // VON GÜNTER DREWNITZKY

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Bioenergiebranche sieht Fortschritte bei RED-III-Umsetzung



Quelle: E&M / Katia Meyer-Tien

BIOGAS. Die Bundesregierung hat die novellierten Verordnungen zur Umsetzung der EU-Richtlinie RED III bei der EU-Kommission notifiziert. Die Bioenergiebranche sieht weiteren Anpassungsbedarf.

Die nationale Umsetzung der Vorgaben der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der Europäischen Union (RED III) zur nachhaltigen energetischen Nutzung von Biomasse steht vor dem Abschluss. Wie der Bundesverband Bioenergie (BBE) mitteilt, hat die Bundesregierung die abgestimmten Entwürfe der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung (BioSt-NachV) und der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung (Biokraft-NachV) am 14. Juli 2026 bei der Europäischen Kommission zur dreimonatigen Notifizierung eingereicht. Die Verordnungen sollen voraussichtlich im Oktober in Kraft treten.

Der BBE bewertet insbesondere die notifizierte Fassung der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung positiver als den ersten Entwurf aus dem vergangenen Jahr. Nach Angaben des Verbandes hat die Bundesregierung zahlreiche Hinweise aus der Stellungnahme der Bioenergiebranche übernommen. BBE-Geschäftsführer Gerolf Bücheler erklärte, die Bundesregierung habe wesentliche Kritikpunkte der Branche berücksichtigt. „Positiv ist speziell, dass die Nachhaltigkeitszertifizierung im Strombereich keine zusätzlichen Anforderungen enthält, die über die Vorgaben der RED III hinausgingen“, sagte er.

Rechtzeitig zertifizieren

Mit der Novellierung gelten die Nachhaltigkeits- und Treibhausgasminderungs-Vorgaben künftig auch für Holzenergieanlagen, die Strom erzeugen. Nach den neuen Regelungen müssen Anlagen bereits ab einer Gesamtfeuerungswärmeleistung von 7,5 MW eine Nachhaltigkeitszertifizierung nachweisen. Für Anlagen mit einer Leistung zwischen 7,5 und 20 MW sieht die Verordnung eine Übergangsfrist vor.

Nach Einschätzung des BBE sollten Betreiber dieser Anlagen die Zertifizierung dennoch frühzeitig vorbereiten. Bücheler verweist auf den Zeitaufwand für die Zertifizierung der Anlage und der Lieferkette. Als mögliches System nennt er SURE, das nach Angaben des Verbandes die Anforderungen der RED III abbildet und bereits im Markt eingesetzt wird.

Als weiteren Fortschritt wertet der Verband die Streichung mehrerer Definitionen aus dem Forstbereich, die im ursprünglichen Entwurf vorgesehen waren. Laut BBE wären diese Regelungen über die Anforderungen der RED III hinausgegangen und hätten Doppelregelungen mit dem Forst- und Naturschutzrecht sowie mögliche Auslegungsprobleme verursacht.

Bestandsschutz bis 2030 für Altanlagen

Positiv bewertet der Verband außerdem die Übernahme der Bestandsschutzregelung der RED III für die Treibhausgasminderungskriterien. Demnach gelten für Biomasseanlagen, die bereits vor dem 20. November 2023 eine Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhalten haben, weiterhin die

Vorgaben der vorherigen Richtlinie RED II. Nach Angaben des BBE müssen diese Bestandsanlagen deshalb in den meisten Fällen bis Ende 2030 keine Treibhausgasberechnungen durchführen.

Trotz der aus Sicht des Verbandes erreichten Verbesserungen sieht der BBE weiteren Handlungsbedarf. Nach Angaben des Verbandes fehlen weiterhin zusätzliche Standardwerte und vereinfachte Berechnungsmöglichkeiten für den Nachweis der Treibhausgasminderung im Strombereich. Dies führe für Anlagenbetreiber zu einem höheren Aufwand.

Kritisch bewertet der BBE zudem, dass Deutschland nach Darstellung des Verbandes die in der RED III vorgesehene Möglichkeit eines vereinfachten Nachweissystems für feste Biomasseanlagen zwischen 7,5 und 20 MW bislang nicht nutzt. Dadurch würden Chancen zum Abbau von Kosten und Bürokratie ungenutzt bleiben. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / lovelyday12

Hybrid-PPA legen in Deutschland zu

REGENERATIVE. Deutschland treibt den Anstieg europäischer Solar-PPA-Preise. Das US-Plattform- und Analyseunternehmen Level Ten Energy registriert zugleich mehr Angebote für Hybrid-PPA.

Die Preise europäischer Solarstromverträge sind im zweiten Quartal 2026 erstmals seit einem Jahr wieder gestiegen. Das in Seattle im US-Bundesstaat Washington ansässige Plattform- und Analyseunternehmen Level Ten Energy ermittelte für europäische Power Purchase Agreements (PPA), also langfristige Stromabnahmeverträge, einen Anstieg des Preisindikators um 2,8 Prozent. Neben Deutschland verzeichnete vor allem Polen deutliche Zuwächse. In mehreren anderen Ländern sanken die Preise.

Level Ten Energy betreibt einen digitalen Marktplatz, auf dem Projektentwickler Preisangebote für Stromabnahmeverträge mit erneuerbaren Energien einstellen. Diese Angebote wertet das Unternehmen für seinen vierteljährlichen PPA-Preisindex aus. Der Preisindikator gibt die Preisgrenze an, unter der 25 Prozent der Angebote liegen; 75 Prozent sind teurer. Bei Wind-PPA sank der Indikator im zweiten Quartal um 1,6 Prozent.

Den Anstieg bei Solarverträgen in Deutschland und Polen führt Level Ten Energy auf höhere Großhandelsstrompreise zurück. Ein knappes globales Gasangebot habe die Strompreise dort stärker beeinflusst als in anderen europäischen Märkten.

Negative Preise belasten Solarprojekte

Die höheren Angebotspreise ändern nichts daran, dass Solarprojekte in Deutschland während ihrer Haupterzeugungszeiten häufig niedrige Erlöse erzielen. Speisen viele Photovoltaikanlagen gleichzeitig Strom ein, wächst das Angebot vor allem mittags stark. Die Börsenstrompreise können dadurch auf ein niedriges Niveau oder ins Negative sinken. Der Marktwert des Solarstroms sinkt – ein Effekt, den die Branche als Preiskannibalisierung bezeichnet.

Laut Level Ten Energy verzeichneten Deutschland, Frankreich, Spanien und Polen bereits im ersten Halbjahr 2026 jeweils mehr Stunden mit negativen Strompreisen als im gesamten Jahr 2025. Besonders ausgeprägt sei die Entwicklung in Deutschland und Spanien.

Dieses Preisrisiko betrifft vor allem klassische Pay-as-produced-PPA. Bei ihnen richtet sich die abgerechnete Strommenge nach der tatsächlichen Erzeugung. Solarparks vermarkten daher besonders viel Strom, wenn viele Anlagen gleichzeitig einspeisen und die Preise unter Druck stehen.

Hybrid-PPA verschieben die Lieferung des Stroms

Entwickler kombinieren Solarparks deshalb zunehmend mit Batteriespeichern. In den dazugehörigen Hybrid-PPA werden Erzeugungsanlage und Speicher gemeinsam vermarktet. Meist ergänzt ein Batteriespeichersystem (Battery Energy Storage System, BESS) die Photovoltaikanlage.

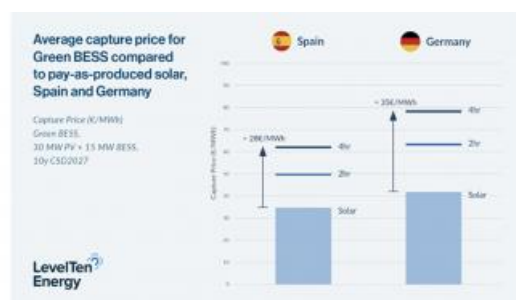
Der Speicher nimmt Solarstrom in Stunden mit niedrigen Preisen auf und gibt ihn später wieder ab. Je nach Vertrag verschiebt er die Lieferung in höherpreisige Stunden oder glättet sie nach einem vereinbarten Profil. Betreiber müssen dadurch weniger Strom während der mittäglichen Solarspitze zu niedrigen Preisen vermarkten.

Hybrid-PPA können sich auf eine Anlage und einen Speicher am selben Standort beziehen oder deren gemeinsame Vermarktung finanziell abbilden. Ziel ist, den Wert des Stroms durch einen flexibleren Lieferzeitpunkt zu erhöhen.

Dem erstmals veröffentlichten Hybrid-Index von Level Ten Energy zufolge lagen die für den Vergleich normalisierten Preise dieser Verträge europaweit 24 Prozent über denen reiner Solar-PPA. Gegenüber Wind-PPA waren sie 15 Prozent günstiger. Bei einem Solarprojekt in Deutschland könne ein Speicher den Abrechnungswert um bis zu 80 Prozent steigern.

In Deutschland beobachtet Level Ten Energy vor allem eine Nachfrage nach Green-BESS-Verträgen. Der Batteriespeicher steht am selben Standort wie die Erzeugungsanlage und lädt ausschließlich deren Strom. So lässt sich die erneuerbare Herkunft eindeutig zuordnen. Laut Level Ten Energy sind die regulatorischen Hürden geringer als bei Speichern mit beidseitigem Netzzugang.

Deutschland und Spanien bilden derzeit den Schwerpunkt des europäischen Markts für Hybrid-PPA. Auf Hybridprojekte in beiden Ländern entfielen 29 Prozent aller europäischen PPA-Angebote im Index. Europaweit hat sich die Zahl neuer Angebote für Hybrid-PPA gegenüber dem zweiten Quartal 2025 mehr als verdoppelt. (ds)



Batteriespeicher erhöhen den durchschnittlich erzielten Strompreis von Solarprojekten. Bei vier Stunden Speicherdauer steigt er laut Level Ten Energy gegenüber der Vermarktung ohne Speicher in Deutschland um rund 35 Euro je MWh und in Spanien um rund 28 Euro je MWh.

(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: Level Ten Energy

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

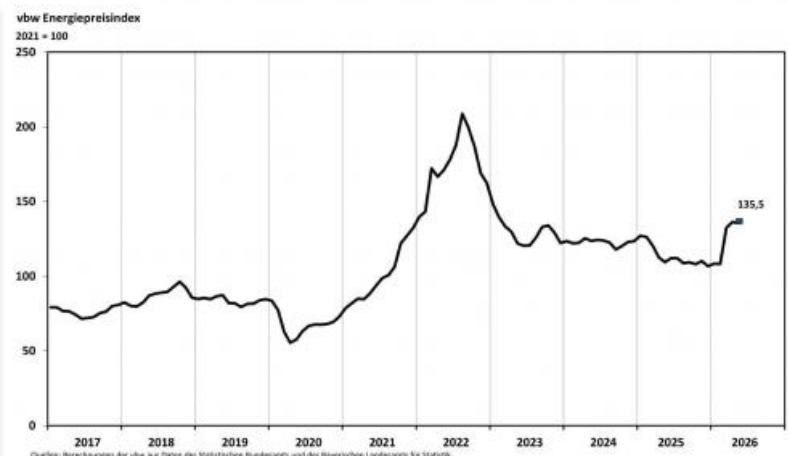
Energiepreise zeigen sich uneinheitlich



Quelle: E&M

VBW-ENERGIEPREISINDEX. Der Energiepreisindex der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) hat im Mai 2026 gegenüber dem Vormonat nachgegeben.

Der **Energiepreisindex** der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) ist im Mai 2026 gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozent auf 135,5 Punkte gesunken. Damit gab der Index erstmals wieder leicht nach, nachdem er infolge des Irankriegs in den beiden Vormonaten um mehr als 25 Prozent gestiegen war. Gegenüber Mai 2025 lag der Energiepreisindex jedoch weiterhin um 23,8 Prozent höher.



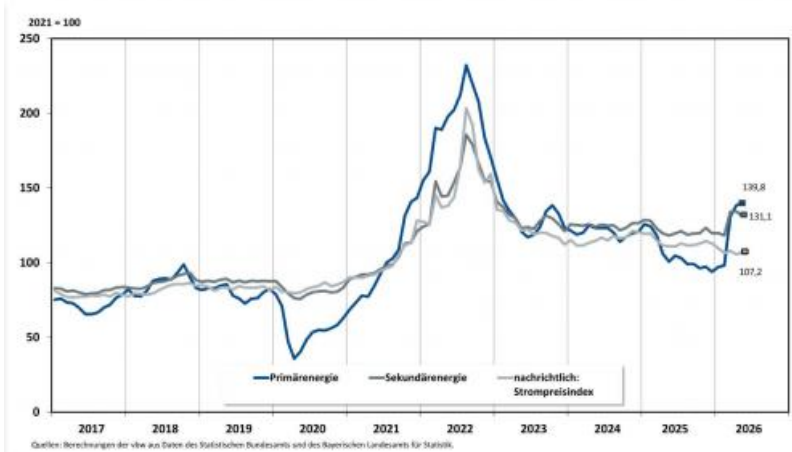
Zur Vollansicht auf die Grafik klicken [Quelle: VBW](#)

Überdurchschnittlich entwickelte sich erneut der **Teilindex für Primärenergie**. Er stieg im Mai gegenüber April um 1,0 Prozent auf 139,8 Punkte. Das Vorjahresniveau wurde damit um fast 40 Prozent überschritten.

Für den Anstieg gegenüber dem Vormonat waren vor allem höhere Preise für in Deutschland gefördertes Erdöl (+11,9 Prozent) sowie für heimische Braunkohle (+7,8 Prozent) verantwortlich. Die Erzeugerpreise für Erdgas bei der Abgabe an die Industrie gingen dagegen leicht um 0,7 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorjahresmonat verteuerte sich importiertes Erdöl um 59,3 Prozent, während der Preis für in Deutschland gefördertes Erdöl sogar um 65,8 Prozent stieg.

Der **Teilindex für Sekundärenergie** sank im Mai um 2,3 Prozent auf 131,1 Punkte. Das Vorjahresniveau wurde dennoch um 10,9 Prozent überschritten. Während die Erzeugerpreise für Leichtes Heizöl um 3,4 Prozent, für Flüssiggas um 6,6 Prozent und für Diesel um 10,9 Prozent zurückgingen, führte die VBW den Preisrückgang bei Diesel vor allem auf die vorübergehende Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel zurück.

Der **Strompreisindex**, der im Teilindex für Sekundärenergie enthalten ist, lag im Mai 2026 bei 107,2 Punkten. Entgegen dem allgemeinen Trend stieg der Index gegenüber dem Vormonat um 1,7 Prozent. Gegenüber Mai 2025 lagen die Strompreise jedoch weiterhin um 3,3 Prozent niedriger.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken Quelle: VBW

Um die Unternehmen zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern, fordert die VBW eine Senkung der Energiekosten. „Hohe Energiekosten belasten unsere Unternehmen massiv und schwächen unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Eine zügige Entlastung der Industrie – angefangen bei den Energiepreisen – ist daher zwingend erforderlich“, sagt VBW-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

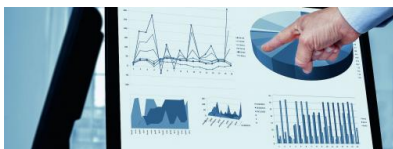
Zum Hintergrund

Basisjahr für den VBW-Energiepreisindex ist 2021 (2021=100). In den vbw Energiepreisindex fließen insgesamt 14 Einzelpreisindikatoren zu neun unterschiedlichen Energiearten ein. Die Gewichtung der einzelnen Energiearten erfolgt entsprechend ihrem jeweiligen Verbrauch in Bayern. Weitere Erläuterungen zum Energiepreisindex finden Sie unter www.vbw-bayern.de/Energiepreisindex.

// VON REDAKTION

^ Zum Inhalt

EEX will Märkte für Erneuerbare und Speicher weiterentwickeln



Quelle: Fotolia / alexmat46

HANDEL. Die European Energy Exchange (EEX) plant die Einführung einer Reihe neuer Futures-Kontrakte am Strommarkt.

Diese sollen die Märkte für erneuerbare Energien und Energiespeicher weiterentwickeln und Marktteilnehmer dabei unterstützen, Preisrisiken im Zusammenhang mit Batteriespeichern abzusichern sowie aus den spezifischen Verbrauchs- und Erzeugungsprofilen erneuerbarer Energien besser zu steuern.

Mit den neuen Top-to-Bottom (TBx) Power Futures sowie standardisierten Block Futures werde die EEX als erste europäische Strombörse börsengehandelte Produkte zur Absicherung dieser Preisrisiken anbieten. Damit würden Produkte, die bislang überwiegend bilateral gehandelt wurden, auf einen transparenten Handelsplatz mit zentralem Clearing gebracht, teilte die Börse mit.

Die EEX TBx Power Futures bieten demnach ein standardisiertes Instrument zur Absicherung von

untertägigen Preisunterschieden, einem wesentlichen Werttreiber für Batterie-Energiespeichersysteme (Battery Energy Storage Systems, BESS). Durch die Abbildung der Preisdifferenz zwischen Zeiträumen mit hohen und niedrigen Strompreisen schaffen die Kontrakte einen transparenten und handelbaren Referenzwert für die Absicherung batteriebezogener Preisrisiken. Die zugrunde liegende Methodik fördere Standardisierung, Transparenz und einen breiteren Marktzugang und ermögliche einer Vielzahl physischer und finanzieller Marktteilnehmer, die zunehmende Bedeutung von Flexibilität in den Strommärkten abzubilden, heißt es von der EEX weiter.

Die Kontrakte basieren auf der Differenz zwischen dem Durchschnitt zwischen den Market Time Units (MTUs) mit dem höchsten und niedrigsten Preis in der Day-Ahead-Auktion und werden in zwei- (TB2) und vierstündigen (TB4) Varianten für ausgewählte europäische Strommärkte verfügbar sein.

Darüber hinaus wird die EEX Block Futures einführen, die eine präzisere Absicherung von Erzeugungs- und Verbrauchsprofilen erneuerbarer Energien ermöglichen. Die Kontrakte decken zentrale Lieferprofile für Solarstunden, Extended-Peak-Zeiträume sowie Wochenenden ab und unterstützen Marktteilnehmer dabei, Risiken aus zunehmend differenzierten stündlichen Strompreisprofilen zu steuern.

Zusätzlich wird die EEX Inter-Product-Spreads zwischen den neuen Kontrakten sowie den bestehenden Base- und Peak-Power-Futures anbieten und damit weitere Handelsmöglichkeiten schaffen.

Die Einführung stärkt das Angebot der EEX Group für die Märkte für erneuerbare Energien und Batteriespeicher und ergänzt die kürzlich von EPEX SPOT, einem Unternehmen der EEX Group, eingeführte TBx Index Suite. Die neue TBx Index Suite wurde als spezifischer Benchmark entwickelt, um den maximal realisierbaren Wert von Batterie- und Energiespeicheranlagen im Großhandelsstrommarkt abzubilden. (map) // VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Cover der Fraunhofer-ISE-Handreichung zu Moor-PV. Quelle: Fraunhofer ISE

Strom auf dem Moor

PHOTOVOLTAIK. Eine neue Handreichung des Fraunhofer ISE fasst den Stand der Technik für Moor-Photovoltaik zusammen und gibt Empfehlungen.

Moor-Photovoltaik (Moor-PV) kann nach Einschätzung eines Forschungskonsortiums die Wiedervernässung degradierter Moorflächen mit der Stromerzeugung aus Photovoltaik verbinden. Eine jetzt veröffentlichte Handreichung des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) und Partnern fasst den aktuellen Wissensstand zusammen und gibt Empfehlungen für Planung, Umsetzung, Wartung und Rückbau entsprechender Anlagen. Sie richtet sich an Projektentwickler, landwirtschaftliche Betriebe, Behörden sowie weitere Interessierte.

Moor-PV bezeichnet die Nutzung sogenannter degradierter Moorflächen zur Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen bei gleichzeitiger dauerhafter Wiedervernässung der Flächen. Nach Angaben des Fraunhofer ISE sind rund 70 Prozent der ursprünglich intakten Moore in Deutschland trockengelegt, um sie landwirtschaftlich nutzbar zu machen.

Derart geschädigte – „degradierte“ – Moorböden sind große Emissionsquellen. Dem Umweltbundesamt (UBA) zufolge entsprachen die Emissionen aus Moorböden im Jahr 2020 mit circa 53 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten mehr als 7 Prozent der Gesamtemissionen in Deutschland.

Ursache dafür ist der Sauerstoff, der nach der Entwässerung zur Zersetzung der im Torfboden eingeschlossenen abgestorbenen Pflanzenteile führt. Im Vergleich zum langsamen Aufbau des Torfkörpers, in dem über Jahrtausende Kohlenstoff gebunden wurde, vollzieht sich der Zersetzungsprozess wesentlich schneller und der gespeicherte Kohlenstoff wird in Form von CO₂ freigesetzt, schreibt das UBA auf seiner Internetseite,

Je stärker ein Moor trockengelegt wurde, desto höher sind die Emissionen aus der Fläche, heißt es dort weiter. So seien Emissionen aus Moorböden, die als Ackerflächen genutzt werden, mit circa 40 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Hektar und Jahr besonders hoch. Aber auch entwässerte Moorböden, die forstwirtschaftlich oder gar nicht spezifisch genutzt würden, emittierten mehr als 20 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Hektar und Jahr. Intakte Moore hingegen könnten weiteren Kohlenstoff aus der Atmosphäre binden, wenn die Torfschicht wächst.

Klimaschutz und zusätzliche Einnahmen verbinden

Die Bundesregierung fördert auf Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetzes seit 2023 die Stromproduktion auf wiedervernässten Moorböden, die zuvor für landwirtschaftliche Zwecke entwässert wurden. Die Kombination aus Wiedervernässung und Photovoltaik könne zusätzliche Einnahmen für landwirtschaftliche Betriebe und Flächeneigentümer schaffen und zugleich den Flächendruck beim Ausbau erneuerbarer Energien verringern, schreiben die Autoren der neuen Handreichung.

Intakte Moorflächen müssten dabei allerdings weiterhin geschützt werden: „Wichtig ist, für die Doppelnutzung aus Moorböden und Photovoltaik nur entwässerte und stark degradierte Flächen zu erschließen“, sagt PD Dr. Franziska Tanneberger, Leiterin des Greifswald Moor Centrum und Wissenschaftlerin an der Universität Greifswald. „Naturschutzfachlich wertvolle Moore und Moorböden innerhalb gesetzlicher Schutzgebiete sollten ausgenommen sein.“

An der Ausarbeitung der Handreichung waren neben dem Fraunhofer ISE das Greifswald Moor Centrum, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Georg-August-Universität Göttingen und die Kanzlei Becker Büttner Held (BBH) beteiligt. (kmt)

Das PDF der Handreichung „**Moor-PV: Doppelter Klimaschutz durch Photovoltaik-Systeme auf wiedervernässten Moorböden**“ ist auf den Internetseiten des Fraunhofer ISE abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Forschungsverbund kritisiert Kürzungen



Quelle: Shutterstock / canadastock

POLITIK. Der Forschungsverbund Erneuerbare Energien (FVEE) fordert in Berlin den Erhalt der Fördermittel für die angewandte Energieforschung. Im Bundeshaushalt 2027 seien hier Kürzungen geplant.

Nach des Forschungsverbunds Erneuerbare Energien (FVEE) gefährden Haushaltskürzungen Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland.

Der Zusammenschluss außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im Bereich der Energieforschung kritisiert die im Entwurf des Bundeshaushalts 2027 vorgesehenen Kürzungen der angewandten Energieforschung.

Nach Angaben des FVEE sollen im Klima- und Transformationsfonds die Verpflichtungsermächtigungen für neue Forschungsprojekte im Förderbereich des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) um ein Drittel sinken. Der Verbund sieht dadurch die Kontinuität der Energieforschung gefährdet. Dies habe Folgen für die Energiewende und für die technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Projekte gefährdet

FVEE-Sprecher Hans-Peter Ebert erklärte, die Einschnitte träfen die angewandte Energieforschung in einer Phase, in der Innovationen für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung dringend benötigt würden. Wer die Projektförderung jetzt beschneide, gefährde nicht nur Forschungsstrukturen, sondern auch die Innovationskraft von Wirtschaft und Industrie.

Deutschland dürfe sich deshalb nicht aus der Entwicklung von Energietechnologien für internationale Märkte zurückziehen. Eine verlässliche Förderung bleibe Voraussetzung für Innovationen, Wertschöpfung

und industrielle Wettbewerbsfähigkeit.

Nach Angaben des FVEE hatten bereits die stark schwankenden Verpflichtungsermächtigungen der vergangenen Jahre Auswirkungen auf die Forschung. Zahlreiche mehrjährige Projekte seien nicht bewilligt oder nicht begonnen worden. Zudem hätten erhebliche Kürzungen der Fördermittel in den Jahren 2024 und 2025 dazu geführt, dass Forschungseinrichtungen Personal abbauen mussten. Weitere Einschnitte könnten nach Einschätzung des Verbunds Innovationsketten unterbrechen.

Wichtige Forschungsthemen betroffen

Betroffen wären laut FVEE unter anderem Forschungsprojekte zu erneuerbaren Energien, klimafreundlicher Wärmeversorgung, Energiespeichern, Leistungselektronik und resilienten Stromnetzen. Die Förderprogramme des Bundeswirtschaftsministeriums seien auf Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Partnern aus Industrie, Energiewirtschaft, Stadtwerken, Immobilienwirtschaft und Handwerk ausgerichtet. Die Auswirkungen der Kürzungen würden deshalb weit über die Wissenschaft hinausreichen.

Andreas Bett, stellvertretender Sprecher des FVEE und Leiter des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE, warnt davor, dass zahlreiche vorbereitete Projekte nicht starten könnten. Dadurch verzögerten sich Entwicklung und Umsetzung dringend benötigter Energieinnovationen. Gerade in den kommenden Jahren seien verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich, um gemeinsam mit Unternehmen Lösungen für die Transformation des Energiesystems zu entwickeln und neue Technologien zur Marktreife zu bringen.

Forschung unterstützt Energiewende

Der FVEE verweist außerdem darauf, dass die angewandte Energieforschung seit Jahrzehnten eine wichtige Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen bilde. Forschung und Entwicklung hätten dazu beigetragen, die Kosten moderner Energietechnologien zu senken und Unternehmen in Bereichen wie erneuerbaren Energien, Energieeffizienz sowie Netz- und Systemtechnik international wettbewerbsfähig zu machen. Kurzfristige Einsparungen dürften diese Entwicklung nicht gefährden.

Darüber hinaus sei eine kontinuierliche Forschungsförderung notwendig, um hoch qualifizierte Fachkräfte zu halten und langfristige Forschungsstrategien umzusetzen. Planungssicherheit habe die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen, insbesondere dem Mittelstand, über viele Jahre ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund appelliert der FVEE an die Verantwortlichen der Haushaltsverhandlungen, die im Koalitionsvertrag angekündigte Stärkung der Energieforschung umzusetzen. Der Verbund fordert, die bisherige Förderperspektive für die angewandte Energieforschung wiederherzustellen. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(9c8ee003afcb6f6a71601185bbfeecdf_img.jpg\)](#) [!\[\]\(a974ce2d25619d761f34c4c0153316b5_img.jpg\)](#) [!\[\]\(e5d83fda2772f0d8578779c05c144bba_img.jpg\)](#)

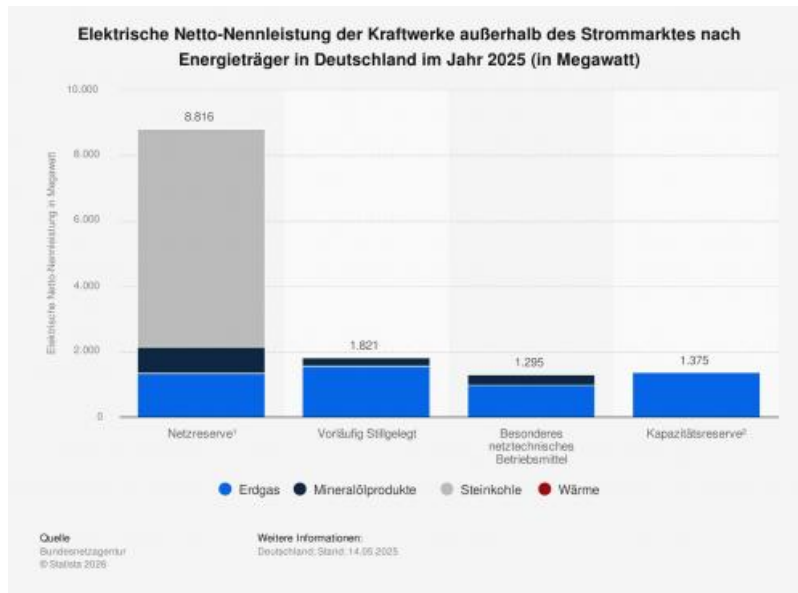
[^ Zum Inhalt](#)

Leistung deutscher Kraftwerke außerhalb des Strommarktes 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2024 verfügten die Steinkohle-Kraftwerke in Deutschland, die der Netzreserve dienen, über eine Leistung von rund 6.700 Megawatt. Die vorläufig stillgelegten Kraftwerke könnten insgesamt eine Leistung von rund 1.800 Megawatt erreichen. Kraftwerke außerhalb des Strommarktes bezeichnen die Kraftwerke, die hauptsächlich der Versorgungssicherheit dienen und bei starker Belastung oder Extremsituationen zum Einsatz kommen. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle DEW 21

Dortmunder DEW 21 mit mehr Gewinn in 2025

BILANZ. Der Dortmunder Energieversorger DEW 21 hat seine Geschäftszahlen 2025 vorgelegt. Die Absätze gingen zurück, das Ergebnis legte zu.

Die Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW 21) hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2025 mehr verdient. Der Umsatz sank zwar leicht von 1,097 Milliarden Euro auf 1,077 Milliarden Euro. Gleichzeitig erhöhte sich das operative Ergebnis (Ebit) von 19,3 Millionen Euro auf 65,5 Millionen Euro. Der Konzernjahresüberschuss stieg von 0,9 Millionen Euro auf 8,0 Millionen Euro, heißt es im auf der Internetseite veröffentlichten Geschäftsbericht 2025.

„Die DEW21 Gruppe hat die Krisen im Jahr 2025 weitestgehend überwunden und sich – auch mit Unterstützung ihrer Gesellschafter – wieder auf Erfolgskurs gebracht“, schreibt die Geschäftsführung in ihrem Vorwort. Zum deutlichen Anstieg des Ebits hätten vor allem gesunkene Beschaffungskosten für Strom und Erdgas sowie höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen beigetragen. Zudem bezeichnet die Geschäftsführung das Vertriebs- und Wärmegeschäft als wesentliche Ergebnistreiber. Allerdings gingen laut Bericht die Absatzmengen bei Strom, Erdgas und Wärme zurück.

Der Dortmunder Versorger blickt auf schwierige Jahre zurück. Neben den Nachwirkungen der Energiekrise musste sich das Unternehmen mit einem Betrugsfall bei der Tochtergesellschaft Stadtenergie sowie Verlusten aus Handelsgeschäften auseinandersetzen (wir berichteten). Die Vorgänge seien im vergangenen Jahr mit Unterstützung externer Spezialisten vollständig aufgearbeitet und organisatorische Konsequenzen gezogen worden, so die Geschäftsführung weiter.

Im operativen Geschäft der DEW 21 entwickelten sich die Sparten unterschiedlich. Im Stromgeschäft belasteten geringere Absatzmengen bei Handelskunden das Ergebnis, heißt es im Geschäftsbericht. Die Umsatzerlöse im Stromgeschäft sanken um 13,4 Millionen Euro beziehungsweise 2,4 Prozent auf 547,0 Millionen Euro. Gleichzeitig sank der Stromabsatz um 182 Millionen kWh auf rund 1,48 Milliarden kWh.

Erdgasabsatz ging um 26,4 Prozent zurück

Der Erdgasabsatz ging um 26,4 Prozent hingegen deutlich zurück. Der Absatz verringerte sich um rund 805 Millionen kWh auf knapp 2,240 Milliarden kWh. Die Erlöse legten aufgrund höherer Preise dennoch um 4,1

Millionen Euro beziehungsweise 1,2 Prozent zu und stiegen auf 334,9 Millionen Euro.

Die Erlöse im Wärmegeschäft sanken um 4,1 Millionen Euro auf 67,4 Millionen Euro. Im Jahresabschluss der DEW 21 wird ergänzt, dass der Fernwärmeabsatz leicht um 2,5 Millionen kWh auf 280,4 Millionen kWh zurückging. Auch der Nahwärmeabsatz verringerte sich von 216,8 Millionen kWh auf 209,3 Millionen kWh. Konkrete Ursachen nennt der Geschäftsbericht hierfür nicht.

Zu den positiven Entwicklungen zählt der weitere Ausbau der erneuerbaren Erzeugung. Mit dem Windpark Waltrop erweiterte DEW 21 ihr Portfolio um vier Windenergieanlagen mit zusammen 3,2 MW Leistung. Zudem begann in Dortmund-Ellinghausen das Repowering-Projekt „WindSpark“, bei dem drei bestehende Anlagen künftig die fünffache Strommenge erzeugen sollen. Ergänzend ist dort eine Photovoltaikanlage mit bis zu 10 MW geplant.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Ausbau der Wärmeversorgung. Das Unternehmen setzte die Erweiterung des Fernwärmenetzes in der Dortmunder Innenstadt fort und begann gemeinsam mit Air Liquide den Bau eines neuen Fernwärmenetzes auf Phoenix West. Darüber hinaus übernahm DEW 21 Anfang 2025 das Tiefbauunternehmen Kneip, um den Ausbau der Energieinfrastruktur mit eigenen Tiefbaukapazitäten zu beschleunigen.

DEW 21 ist der kommunale Energieversorger in Dortmund und der umliegenden Region. Gesellschafter sind der in kommunaler Hand befindliche Dortmunder Stadtwerke-Konzern (60,1 %) und die Eon-Tochter Westenergie AG (39,9 %). Über zahlreiche Tochter- und Beteiligungsgesellschaften gehören unter anderem Netzbetrieb, Energieerzeugung und weitere Dienstleistungen zum Konzern. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Icon: Industrieanlage
Energietechnik

Icon: Solarpanel und Windkraft
Erneuerbare Energien

Icon: Fabrik mit Schornstein
Energie management

☎ 08152 93 11 88

🌐 www.energiejobs.online

EVM verlängert Vertrag von Vertriebsvorstand



Quelle: Shutterstock / Jirsak

PERSONALIE. Die Energieversorgung Mittelrhein (EVM) in Koblenz hat den Vertrag ihres Vorstandsmitglieds Christoph Hesse um fünf Jahre verlängert.

Der Vertrag von Vertriebsvorstand Christoph Hesse bei der Energieversorgung Mittelrhein (EVM) wurde vorzeitig um fünf Jahre verlängert. Der Aufsichtsrat des kommunalen Energieversorgers bestätigte den 41-Jährigen für eine weitere Amtszeit, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmen. Es setzt damit auf Kontinuität in der Unternehmensführung.

Hesse gehört dem Vorstand seit dem 1. Januar 2024 an. Er verantwortet die Bereiche Vertrieb, Energiebeschaffung, Kundenservice, Erzeugung sowie Energieanwendungen. Zudem sind ihm die Stabsstellen Kommunikation und Innovation zugeordnet.

Mit der Vertragsverlängerung bleibt die Führungsspitze des rheinland-pfälzischen Versorgers unverändert. Seit Juni 2024 wird die EVM von Mithun Basu Basu und Hesse als gleichberechtigtes Vorstandsduo geführt. Damals schied der langjährige Vorstandsvorsitzende Josef Rönz nach mehr als 30 Jahren im Unternehmen aus; ein Nachfolger wurde nicht berufen. Die Verkleinerung des Vorstands war Teil eines bereits zuvor eingeleiteten Generationswechsels.

Hesse ist Diplom-Kaufmann und kam 2009 zur Energiewirtschaft. Vor seinem Wechsel nach Koblenz war er innerhalb der Kölner Rhenag-Gruppe tätig, zuletzt als Bereichsleiter Vertrieb und Prokurist der EWV Energie- und Wasser-Versorgung in Stolberg, Nordrhein-Westfalen. (sag)



Christoph Hesse

Quelle: EVM

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Olaf Sener rückt in Transnet BW-Spitze



Olaf Sener. Quelle: Transnet BW

PERSONALIE. Transnet BW beruft Olaf Sener zum 1. Januar 2027 in die Geschäftsführung. Als COO übernimmt er das technische Ressort von Michael Jesberger.

Der Aufsichtsrat des Stuttgarter Übertragungsnetzbetreibers Transnet BW hat Olaf Sener zum Chief Operating Officer (COO) bestellt. Nach einer kurzen Übergangsphase folgt er auf Michael Jesberger, dessen Vertrag im Februar 2027 planmäßig endet. Jesberger gehört der Geschäftsführung seit 2019 an.

Sener setzte sich laut einer Mitteilung der Transnet BW in einem bundesweiten Auswahlverfahren durch, das ein externes Unternehmen begleitete. Künftig verantwortet er Planung, Bau und Betrieb der technischen Anlagen des Übertragungsnetzes. Ausgenommen bleibt die Assetstrategie.

Der 1971 in Waiblingen (Baden-Württemberg) geborene Diplomingenieur arbeitet bereits seit 2011 in Führungspositionen bei Transnet BW. Seit 2020 leitet er dort das Asset Management. Zuvor war er unter anderem als Netzbauingenieur im Verteil- und Übertragungsnetz tätig.

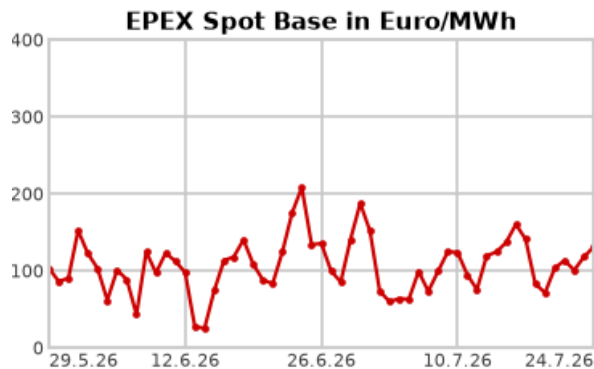
Sener studierte Elektrotechnik an der Universität Stuttgart und begann seine berufliche Laufbahn 1995 bei der Energie-Versorgung Schwaben, einem Vorgängerunternehmen der heutigen EnBW. Nach Angaben von Transnet BW verfügt er damit über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Energiewirtschaft. Seit mehr als 20 Jahren arbeitet er zudem in nationalen und internationalen Fachgremien mit.

Aufsichtsratschef Dirk Güsewell begründet die Berufung vor allem mit Seners Kenntnissen des Unternehmens und des Übertragungsnetzes. Er verfüge über Erfahrung im Netzbetrieb und kenne die Anforderungen, die der Umbau des Energiesystems stelle. (ds) // VON DAVINA SPOHN

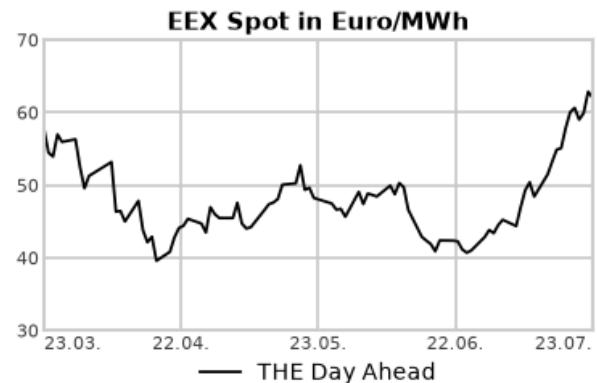
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Hitzewelle verschärft die Gasrisiken



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Ohne klare Richtung haben sich die Energiemärkte am Donnerstag präsentiert. Der Strommarkt zeigte sich uneinheitlich und Gas sowie CO₂ verzeichneten nach den kräftigen Aufschlägen der Vortage leichte Gewinnmitnahmen. Die Rally am Ölmarkt setzte sich fort. Die Marktteilnehmer richten ihren Blick weiterhin auf die Eskalation im Nahen Osten. Neben der Straße von Hormus rückt nach den Angriffen auf saudiarabische Öltanker nun auch das Rote Meer als potenzieller Engpass für den globalen Energiehandel stärker in den Fokus.

Gleichzeitig nähren anhaltend hohe Temperaturen und die Sorge um eine schwierige Befüllung der europäischen Gasspeicher die Erwartungen eines angespannten Energiemarktes im weiteren Jahresverlauf. Trotz der zwischenzeitlichen Konsolidierung bleibt das Marktumfeld damit von geopolitischen Risiken und einer hohen Nervosität geprägt.

Strom: Uneinheitlich hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag gezeigt. Der Day-ahead gewann im Base 12,75 auf 130,75 Euro je Megawattstunde und im Peak 11,75 auf 90,25 Euro je Megawattstunde.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Freitag im Vergleich zum Vortag ein gutes Stück sinken. Für die darauf folgenden Tage werden relativ konstante Einspeiseleistungen zwischen 21 und 27 Gigawatt erwartet.

Das US-Wettermodell stellt für die kommenden zwei Wochen eine um den Durchschnitt herum schwankende Wind-Einspeiseleistung in Aussicht. Die Temperaturprognose ist dagegen weitgehend unverändert geblieben, die US-Meteorologen erwarten ab dem 27. Juli wieder überdurchschnittliche Werte.

Am langen Ende des Strommarktes gewann das Cal 27 leicht um 0,20 auf 110,00 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Der CO₂-Markt hat am Donnerstag einen Teil der Gewinne der Vortage wieder abgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 14.00 Uhr 1,15 auf 85,47 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 14,1 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 86,66 Euro, das Tief bei 85,26 Euro.

Der Preisrückgang am Berichtstag dürfte nach Einschätzung von Marktbeobachtern eher mit Gewinnmitnahmen zu erklären sein. Übergeordnet gehen die Analysten von Redshaw Advisors aber davon aus, dass die Bullen das Marktgeschehen weiter unter Kontrolle haben werden, sodass auch ein weiterer Preisanstieg möglich sei.

Da es in den vergangenen Tagen keine Nachrichten gab, die das fundamentale Marktbild verändert hätten, dürfte die Aufwärtsbewegung laut Redshaw Advisors vor allem von spekulativen Käufen getragen worden sein. Offenbar positionierten sich Investoren bereits im Vorfeld einer erwarteten Angebotsverknappung zum Jahresende 2026 und im Verlauf des Jahres 2027.

Erdgas: Die europäischen Erdgaspreise haben am Donnerstag wieder etwas nachgegeben. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 14.00 Uhr um 0,900 auf 61,800 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es für den Day-ahead um 0,925 auf 62,000 Euro je Megawattstunde nach unten.

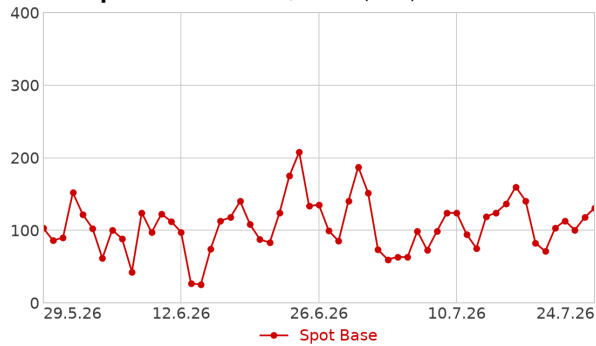
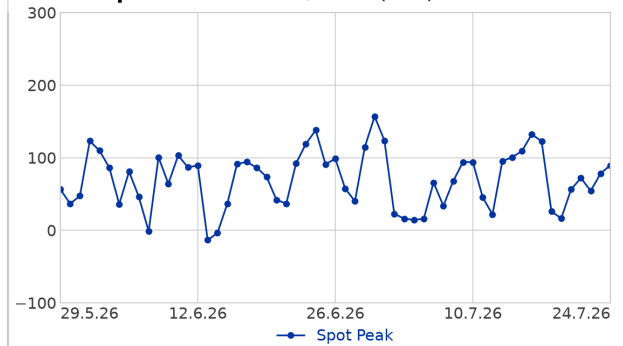
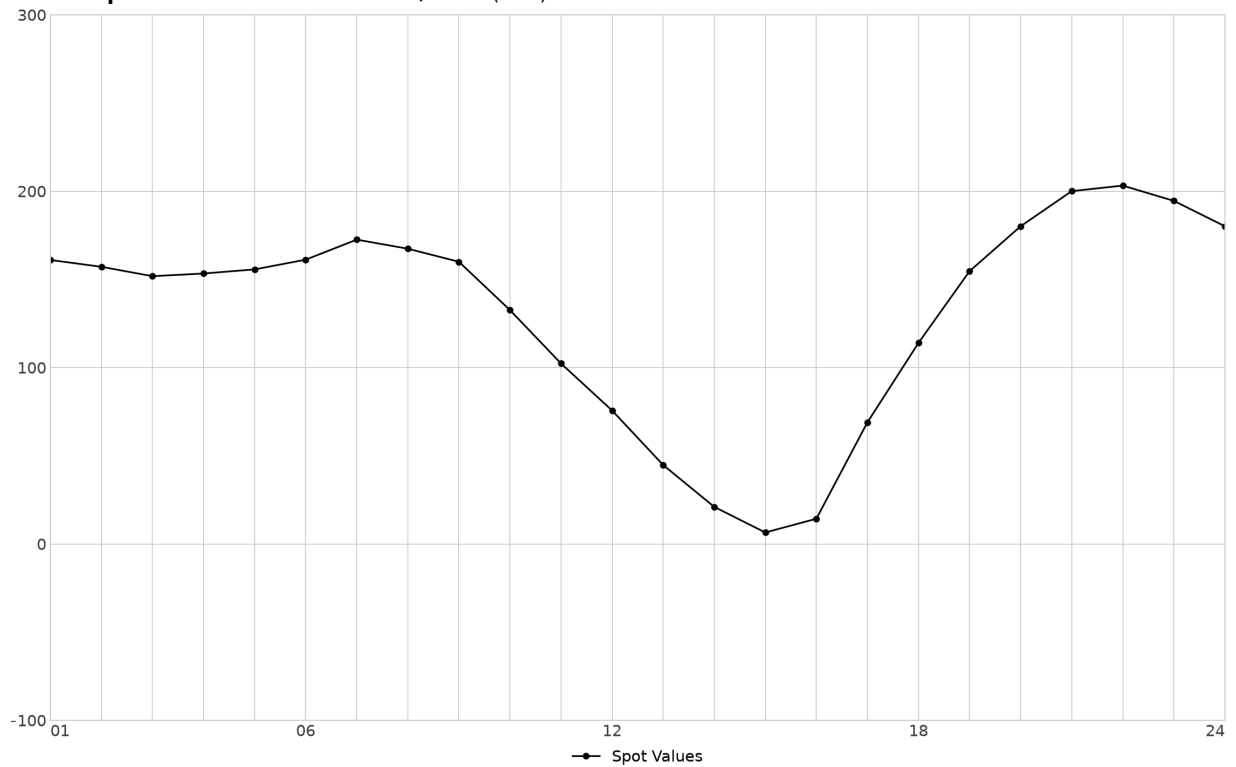
Der Fokus der Marktteilnehmer liegt trotz des Rücksetzers weiterhin auf der erneuten Eskalation des Konflikts im Nahen Osten, mit der die Sorgen um die LNG-Versorgung Europas vor Beginn der Heizperiode wieder verstärkt werden. Die USA und der Iran setzten ihre gegenseitigen Angriffe fort und dämpften zugleich die Erwartungen an eine baldige diplomatische Lösung. Damit wächst das Risiko länger anhaltender Störungen der Energieexporte aus der Region.

Zusätzliche Unsicherheit entstand, nachdem die vom Iran unterstützte Huthi-Miliz erklärte, zwei saudi-arabische Öltanker im Roten Meer angegriffen zu haben.

Die europäischen Gaspreise bewegen sich damit wieder auf dem Niveau der bisherigen Höchststände während der Eskalation des Konflikts. Das verringerte LNG-Angebot aus der Golfregion verschärft den Wettbewerb Europas mit asiatischen Importeuren um verfügbare LNG-Ladungen. Gleichzeitig treibt die anhaltende Hitzewelle in Europa den Stromverbrauch und damit die Gasnachfrage für die Stromerzeugung.

Der norwegische Energiekonzern Equinor, Europas größter Erdgaslieferant, warnte laut Trading Economics zudem, dass die EU ihr Ziel eines Speicherfüllstands von 80 Prozent vor Beginn der Heizperiode voraussichtlich nicht erreichen werde. Dadurch würde der europäische Gasmarkt bei einem frühen Kälteeinbruch deutlich anfälliger für starke Preisschwankungen. (map) // VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

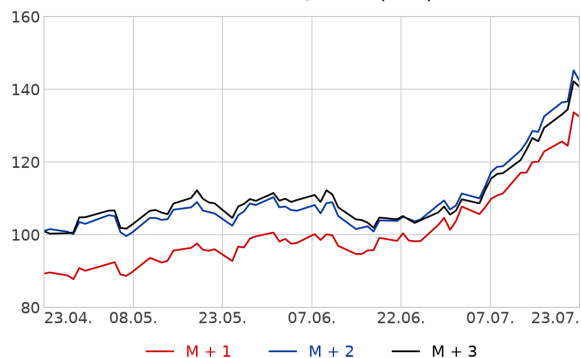
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	23.07.26	German Power Aug-2026	132,45
M2	23.07.26	German Power Sep-2026	142,31
M3	23.07.26	German Power Oct-2026	140,70
Q1	23.07.26	German Power Q4-2026	144,30
Q2	23.07.26	German Power Q1-2027	134,18
Q3	23.07.26	German Power Q2-2027	93,86
Y1	23.07.26	German Power Cal-2027	109,98
Y2	23.07.26	German Power Cal-2028	89,35
Y3	23.07.26	German Power Cal-2029	79,25

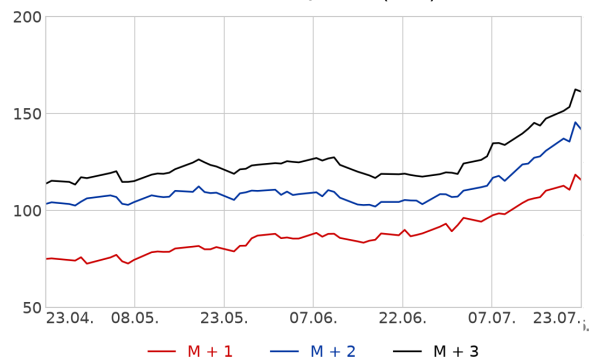
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	23.07.26	German Power Aug-2026	115,67
M2	23.07.26	German Power Sep-2026	141,79
M3	23.07.26	German Power Oct-2026	161,23
Q1	23.07.26	German Power Q4-2026	175,71
Q2	23.07.26	German Power Q1-2027	155,16
Q3	23.07.26	German Power Q2-2027	78,58
Y1	23.07.26	German Power Cal-2027	115,90
Y2	23.07.26	German Power Cal-2028	95,25
Y3	23.07.26	German Power Cal-2029	85,35

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



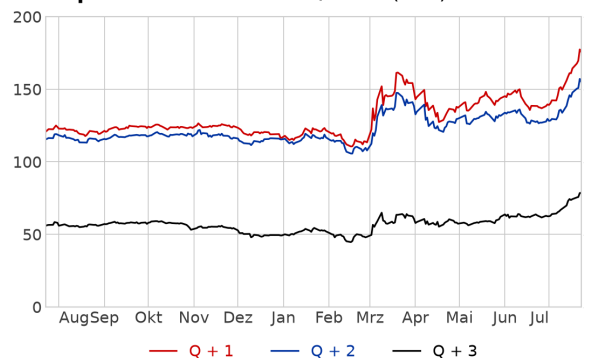
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



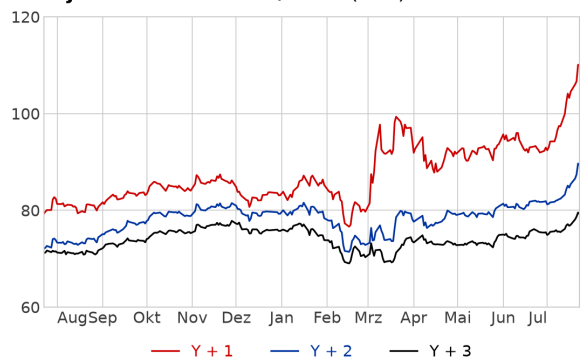
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



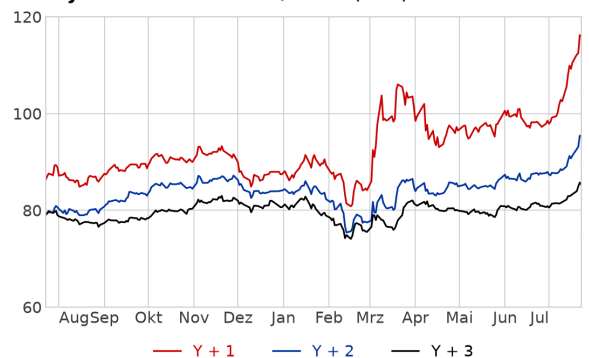
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

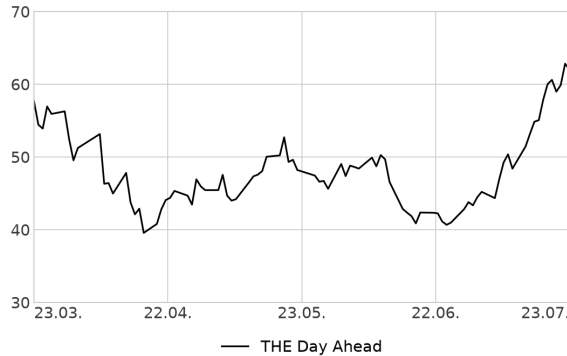


Gas Spot- und Terminmarkt

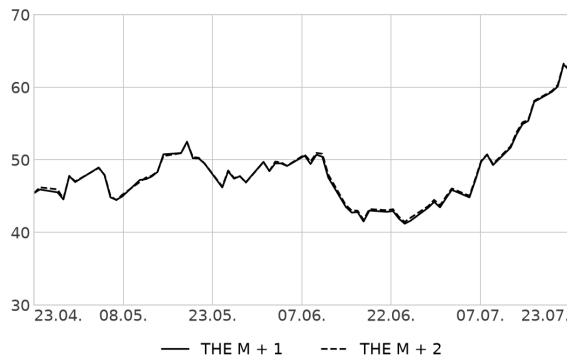
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	23.07.26	German THE Gas Aug-2026	62,28
M2	23.07.26	German THE Gas Sep-2026	62,50
Q1	23.07.26	German THE Gas Q4-2026	62,69
Q2	23.07.26	German THE Gas Q1-2027	59,51
S1	23.07.26	German THE Gas Win-2026	61,12
S2	23.07.26	German THE Gas Sum-2027	42,13
Y1	23.07.26	German THE Gas Cal-2027	46,16
Y2	23.07.26	German THE Gas Cal-2028	32,10

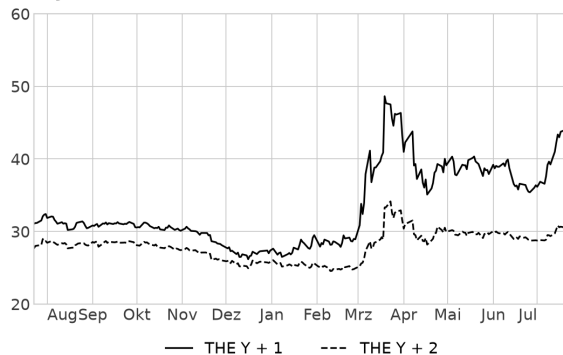
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



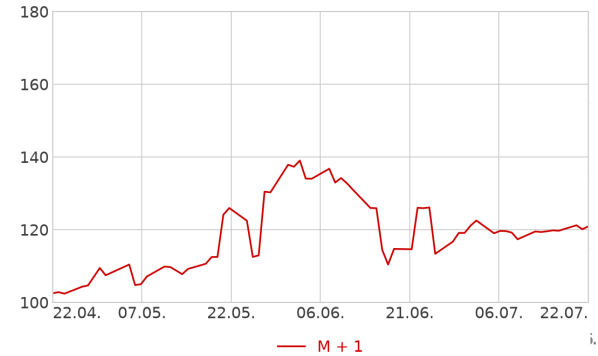
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	23.07.26	130,53	EUR/MWh
Germany Spot peak	23.07.26	89,58	EUR/MWh
EUA August	23.07.26	82,95	EUR/tonne
Coal API2 August 2026	22.07.26	120,90	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day AI	23.07.26	62,00	EUR/MWh
German THE Gas Aug-2026	23.07.26	62,28	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	23.07.26	46,16	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	23.07.26	100,69	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Stellvertretender Marktleiter / Filialleiter (m/w/d) Ingolstadt 0366300560

Ort: 85053 Ingolstadt | Vertragsart: Teilzeit, unbefristet | Job-ID: 960807 PENNY ist Teil der REWE Grou...
in Ingolstadt

vor 2 h

● Festanstellung



Teamleiter*in Service & Sicherheit (Fahrgastmanagement)

Komm ins #TeamHerzschlag Wer zu uns kommt, bewegt etwas. Eine Millionenstadt zum Beispiel. Un...
in Köln

vor 2 h

● Projektleitung ● Festanstellung ● Homeoffice / Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit /
Betriebsarzt



Ingenieur Elektrotechnik für die Prüfung von Sicherheitsstromversorgungen (w/m/d)

Innovationen bringen tiefgreifende Veränderungen mit sich und beeinflussen unser Leben in vielfältige...
in Filderstadt

vor 2 h

● Ausbildung ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Kraftwerksmeister*in (m/w/d)

Kraftwerksmeister*in (m/w/d) Jetzt bewerben Tätigkeitsbereich Produktion | Strom- und Wärmeerzeugu...
in München

vor 2 h

● Weiterbildung / Mitarbeiterwohnung / Mitarbeiterrabatte



Facharbeiter*in Kraftwerk (m/w/d)

Facharbeiter*in Kraftwerk (m/w/d) Jetzt bewerben Tätigkeitsbereich Produktion | Ressort Technik Unte...
in München

vor 2 h

● Festanstellung / Ausbildung / Befristete Anstellung ● Weiterbildung / Mitarbeiterwohnung /
Mitarbeiterrabatte

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

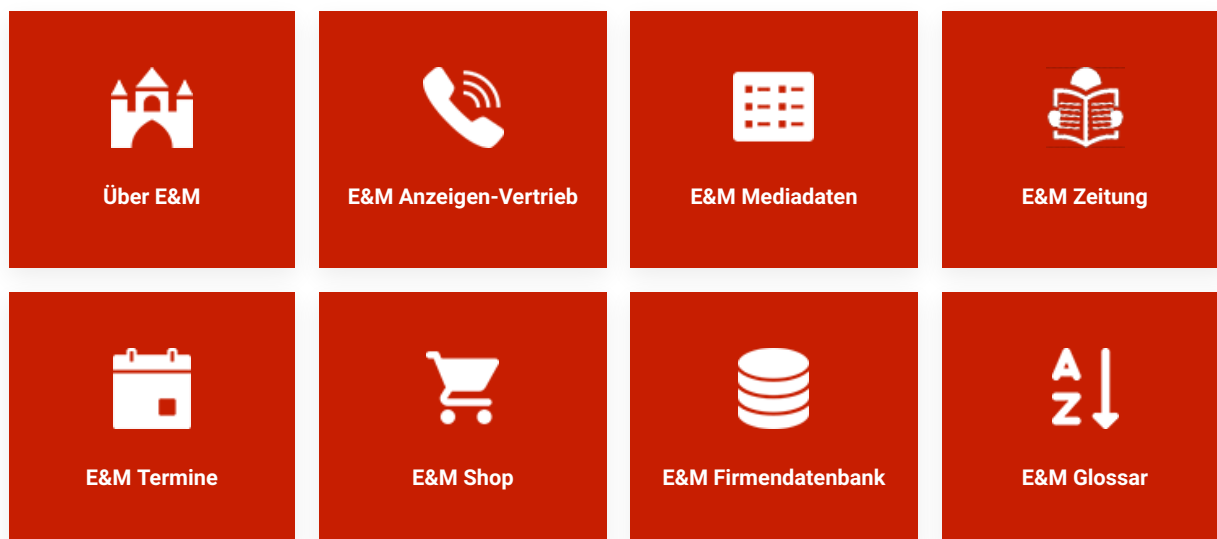
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: